Bern, 25. September 2012

Vernehmlassung Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes – Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Der Verein educationsuisse dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dieser wichtigen Revision.

educationsuisse
- vertritt die Interessen der 17 Schweizer Schulen im Ausland gegenüber Parlamentariern, Behörden, Wirtschaft und Öffentlichkeit. educationsuisse wird in diesen Zielsetzungen von der Auslandschweizer-Organisation unterstützt.
- organisiert alljährlich eine dreitägige Konferenz der Schweizer Schulen im Ausland, die der Innovation und dem Erfahrungsaustausch sowie der Bildung einer gemeinsamen Identität dient.
- ermittelt Kontakte zur Unterstützung bei wirtschaftlichen Standortbestimmungen.
- bewertet Standorte der Schulen auf Synergiepotentiale mit Schulen von Nachbarstaaten, fördert Kooperationen mit ihnen und prüft neue zusätzliche Standorte.
- erledigt die Formalitäten betreffend Sozialversicherungen (1. und 2. Säule) für 330 Schweizer Lehrpersonen.
- verwaltet die Subventionsgelder für die meisten Schulen und führt in ihrem Auftrag Zahlungsaufträge aus.
- arbeitet eng mit dem Bundesamt für Kultur zusammen.

Die Erbringung dieser Dienstleistungen wird durch eine Leistungsvereinbarung mit dem Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA finanziell unterstützt.
Die Schweizer Schulen im Ausland
• sind Faktoren schweizerischer Präsenz im Ausland sowie der schweizerischen Aussenpolitik
• sind Stätten der Ausbildung junger Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer
• tragen zur Mobilitätssicherung bei
• sind Kristallisationspunkte der Schweizergemeinschaften
• sind Aussenposten und zugleich Schaufenster des Bildungsplatzes Schweiz
• schaffen auf Dauer angelegte, für die Schweiz profitable Netzwerke
• leisten einen substantiellen Beitrag zur Imagebildung

educationsuisse bejaht den Revisionsbedarf und begrüsst grundsätzlich das Revisionsvorhaben.

Die Schweizer Schulen im Ausland als bedeutende Auslandschweizer Institutionen verdienen die Förderung durch den Bund in Anwendung von Artikel 40 der Bundesverfassung.


Es gilt das Netz zu erhalten und zu ergänzen: Weitere Schulen sollten in aufstrebenden Ländern entstehen, die für die schweizerische Aussenpolitik und die schweizerische Wirtschaft bedeutsam sind. Die Bedeutung der Bildung als Exportartikel der Schweiz wächst und hat ein weiteres Wachstumspotential.

educationsuisse befürwortet die Zusammenarbeit mit Schulen von Nachbarstaaten (z.B. Deutschland oder Österreich) sowie mit internationalen und/oder europäischen Schulen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die schweizerische Präsenz in der Pädagogik und der Qualität gewährleistet ist. Und dass der Zugang für schweizerische Schülerinnen und Schüler gesichert ist.

Zu den gestellten Fragen:


2. Lockerung der gesetzlichen Auflagen: educationsuisse begrüsst, dass im Bericht die Bedeutung der Schulen für die Präsenz der Schweiz im Ausland gleich stark gewichtet wird wie Ihre Funktion als Ausbildungsstätten für junge Auslandschweizer. Es ist folgerichtig, die im geltenden Gesetz vorgesehenen Mindestprozentzahlen an Schweizer Schülerinnen und Schülern zu senken (die Zahl der Schweizer Kinder nimmt kontinuierlich leicht zu, während die Zahl der übrigen Kinder deutlicher wächst). educationsuisse kann sich vorstellen, eine Mindestanzahl an Schweizer Schülerinnen und Schülern von
z.B. 10 Prozent beizubehalten, um den schweizerischen Charakter der Schulen zu bewahren - zusätzlich zu den Schweizer Lehrpersonen und Schweizer Lehrmitteln.

Bei Neugründungen müsste der Mindestprozentsatz jedoch während der ersten fünf Jahre noch nicht erfüllt sein.


Ein Ausbau des schulischen Angebots im Ausland auf die duale Berufsbildung kann sich sehr positiv auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit des jeweiligen Gastlandes mit der Schweiz auswirken. Es wird aber nicht allen Schulen möglich sein, selber ein diesbezügliches schulisches Angebot zu führen.

Deshalb ist es richtig, dass es sich um eine „Kann-Vorschrift“ handelt.

5. educationsuisse kann sich die Zusammenarbeit zwischen Schweizer Schulen im Ausland und privatwirtschaftlich strukturierten, gewinnorientierten, schweizspezifischen Bildungsanbietern vorstellen, lehnt jedoch eine finanzielle Beteiligung des Bundes an diesen Institutionen ab.

Wichtige Anmerkungen ausserhalb der gestellten Fragen:

- Schulen, die zwei Landessprachen als vollwertige Unterrichtssprachen verwenden, bringen die kulturelle Vielfalt der Schweiz in besonderem Masse zum Ausdruck. Diese Leistung zugunsten einer verstärkten schweizerischen Ausstrahlung sollte bei der Bemessung der Bundesbeiträge an die anerkannten Schweizer Schulen im Ausland berücksichtigt werden. educationsuisse beantragt deshalb, den Mehraufwand für ein komplettes Schulprogramm in zwei Landessprachen vom Kindergarten bis zum Schulabschluss als Kann-Vorschrift in die Subventionskriterien aufzunehmen. Nicht zum Tragen kommt dieser Passus, wenn eine Schweizer Landessprache gleichzeitig die Landessprache am Schulstandort ist.


- Aus Gründen der nicht in allen Ländern gleichen Gewichtung von promotionsrelevanten Fächern, empfiehlt educationsuisse dringend eine Umformulierung von Art. 3i (kurziv): „den Unterricht im Kindergarten und in den im schweizerischen Lehrplan relevanten Fächern mehrheitlich von schweizerischen Lehrpersonen erteilen lässt“

Wir bedanken uns nochmals, sehr geehrter Herr Bundesrat, für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

[Unterschriften]

Derrick Widmer
Präsident

Irène Spicher
Geschäftsführerin
RE: Vernehmlassungsantwort der Swiss School Bangkok zum Bundesgesetz über die Präsenz schweizerischer Bildung im Ausland

A) Die Swiss School Bangkok


B) Zu den gestellten Fragen

1. Sind Sie mit der Zielsetzung der Gesetzesrevision einverstanden, die Bedeutung der Schweizer Schulen für die Präsenz schweizerischer Bildung im Ausland zu verstärken und damit die Präsenz der Schweiz im Ausland insgesamt zu fördern?

Mit den Zielsetzungen der Gesetzesrevision ist Swiss School Bangkok einverstanden. Als Schweizer Schule mit deutscher Beteiligung legen wir ein besonderes Augenmerk auf die Repräsentation beider Länder.


3. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund inskünftig – namentlich an Standorten, die für die schweizerische Aussenpolitik bedeutsam sind – die Gründung und den Aufbau von Schweizer Schulen im Ausland durch Finanzhilfen fördern können soll?


4. Sind Sie damit einverstanden, dass die schweizerische Bildung im Ausland, namentlich im Bereich der dualen beruflichen Grundbildung, weiterentwickelt wird? Sind Sie insbesondere damit einverstanden, dass der Bund die berufliche Grundbildung an Schweizer Schulen im Ausland und anderen privaten Trägerschaften in Zusammenarbeit mit schweizerischen Berufsverbänden und schweizerischen Unternehmungen im Gastland subsidiär fördern können soll?
Ein Ausbau des schulischen Angebots im Ausland auf die duale Berufsbildung kann sich sehr positiv auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit des jeweiligen Gastlandes mit der Schweiz auswirken. Da es nicht allen Schulen möglich sein wird, selber ein diesbezügliches schulisches Angebot zu führen (Grösse, Interesse, Status, etc.), erachtet es die Swiss School Bangkok als richtig, dass es sich um eine „Kann-Vorschrift“ handelt. Die Swiss School Bangkok ihrerseits könnte sich diesbezüglich Initiativen im Bereich der Hospitality Industry vorstellen.

5. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund inskünftig schweizspezifische Bildungsangebote mit besonderer Ausstrahlung im Gastland unterstützen kann, gegebenenfalls auch von gewinnorientierten Bildungsunternehmen, sofern diese dank Bundesunterstützung eine zusätzliche Dienstleistung im Interesse unseres Landes anbieten?


Die im Gesetz vorgesehene Planungssicherheit über 4 Jahre (Art. 17) ist sehr begrüssenswert.

C) Anderes

Zum Zweck der Planungssicherheit würde die Swiss School Bangkok eine baldige Information und Diskussion zur Art und Bemessung der künftigen Finanzhilfen (Art. 9, 14) sehr begrüssen.

D) Dank

Die Swiss School Bangkok dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dieser wichtigen Revision.

Bangkok, 24.08.12

Michael Gwerder
Direktor

Robert Hofmann
Präsident SEA
Bundesgesetz über die Präsenz schweizerischer Bildung im Ausland

Vernehmlassung - Stellungnahme der Schweizerschule Barcelona

Sehr geehrter Herr Bundesrat


Stellungnahme zu den gestellten Fragen:

1. Mit den Zielsetzungen der Gesetzesrevision ist die Schweizerschule Barcelona grundsätzlich einverstanden. Die verstärkte Akzentuierung der ausserpolitischen Bedeutung im Gesetz erachten wir als zwingend, leisten die Schweizerschulen im Ausland bereits heute einen wichtigen Beitrag dazu.

Die Senkung der Mindestanzahl an Schweizer SchülerInnen erlaubt den Schulen eine optimale Betriebsgröße anzusteuen – ohne befürchten zu müssen, die Subventionsberechtigung zu verlieren. Die Neuerung kommt jedoch insbesondere den grossen Schulen entgegen. Im Gesetzesvollzug ist deshalb der Situation der kleineren Schulen Rechnung zu tragen.


Die im Gesetz vorgesehene Planungssicherheit ist sehr begrüssenswert.
Die Schweizerschule Barcelona bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dieser wichtigen Revision.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Sulzer Smith
Direktorin

Leopoldo Bertschi
Präsident des Schulvorstandes
Stellungnahme des Schulkomitees der Schweizerschule Bogotá zum Gesetzesentwurf Auslandschweizer Ausbildungsgesetz AAG

1. Schulen, die zwei Landessprachen als vollwertige Unterrichtssprachen verwenden, bringen in verstärktem Masse die kulturelle Vielfalt der Schweiz zum Ausdruck. Diese Leistung zugunsten einer verstärkten schweizerischen Ausstrahlung sollte bei der Bemessung der Bundesbeiträge an die anerkannten Schweierschulen im Ausland berücksichtigt werden.

Die Schweizerschule Bogotá führt – als einzige der 18 vom Bund anerkannten Schulen – zwei vollwertige Programme (französisch- und deutschsprachige Abteilung) mit Schweizer Lehrkräften vom Kindergarten bis zur bilingualen Maturität in zwei Landessprachen, mit anderen Worten, sie vertritt die Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt der Schweiz.

Die Schweizerschule Bogotá beantragt deshalb, beim neuen Gesetzesentwurf des AAG diese Mehrarbeit (und die daraus entstehenden Mehrkosten) zu Gunsten des Image der Schweiz und deren kulturellen Vielfalt zu berücksichtigen und einen zusätzlichen, eigenen Artikel zu formulieren, welcher Zulagen für solche Leistungen in Betracht zieht.

Wir schlagen konkret vor, einen Mehrsprachigkeitsbonus für Schweizer Schulen im Ausland, welche ein komplettes Schulprogramm in zwei Landessprachen vom Kindergarten bis zum Schulabschluss anbieten, einzuführen. Im Falle, dass eine Schweizer Landessprache gleichzeitig die Landessprache am Schulstandort ist, kommt dieser Passus nicht zum Tragen.


Georg Oswald
Vicepräsident

Pascal Affolter
Schulleiter
A-Post  
Herr Bundesrat  
Alain Berset  
Eidg. Departement des Innern  
Inselgasse 11  
3003 Bern  

Elektronisch an  
Dr. Paul Fink  
Bundesamt für Kultur  
Hallwylstr.15  
3003 Bern  
paul.fink@bak.admin.ch  

z.K. elektronisch an  
- educationsuisse  
- Ruedi Wyder, Direktor ASO  
- Gisela Polloni, Bildungsdirektion des  
Kantons Zürich  

Catania, 03. September 2012  

Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes: Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren  

Sehr geehrter Herr Bundesrat  

Mit Schreiben von Anfang Juni 2012 laden Sie uns ein, zum Vernehmlassungsentwurf zu einer Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes Stellung zu nehmen.  

Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und senden Ihnen gern unsere Stellungnahme zu.  

Schweizerschule Catania  


Das Schulgebäude diente von Anfang an und bis heute gleichzeitig auch als Sitz des Schweizer Clubs und als Treffpunkt der Schweizerkolonie.  


Heute präsentiert sich die Schweizerschule Catania in gutem Zustand. Nebst dem bilingualen Unterricht in zwei Landessprachen Deutsch und Italienisch, wird Englisch und auch eine dritte Schweizer Landessprache, Französisch, unterrichtet. Die Schülerinnen und Schüler werden auf

Zukunftsaussichten der Schule und des Gastlandes


Art.9 Art und Bemessung der Finanzhilfen


Liegenschaft

Geldempfänger definiert werden, würde das für die heute bestehenden Schulen eine finanzielle


Für den Fall, dass in Zukunft die Schule ihre Aktivität einstellen könnte, wurde vereinbart, dass die Liegenschaft oder der dafür erzielte Verkaufserlös jedoch im Hinblick auf ein mögliches Wiederaufleben der in Catania ansässigen Schweizer Institutionen während 15 Jahren der ursprünglichen Zweckbestimmung reserviert bleiben.


Die vorgeschlagene Formulierung von Art. 11, Abs. 2 des Gesetzesentwurfs lässt hierfür jedoch keinen ausreichenden Spielraum. Wir schlagen deshalb folgende Retuschen (Änderungen unterstrichen) an:

**Art.11, Abs.2** des Gesetzesentwurfs vor:

„Der Übertragungsvertrag trägt bestehenden Rechten angemessen Rechnung. Er ist mit den Auflagen zu verbinden, dass

a) die Liegenschaft als Schweizerschule genutzt wird; und

b) der der Schule anzurechnende Erlös einer späteren Veräußerung zu Gunsten anerkannter Schweizerschulen im Ausland verwendet wird“

**Erläuternder Bericht, Art.11**


Da dieses Umbauprojekt aber nur ein sehr limitiertes Wachstum der Schule erlaubt, muss im Rückgabeverfahren der Liegenschaft vorgesehen werden, dass ein künftiger eventueller Veräußerungserlös der Liegenschaft für den Erwerb eines Ersatzstandortes möglich ist.

Im erläuternden Bericht, Artikel 11 sollte unseres Erachtens auch folgender Satz einfließen: „Bei einer Rückübertragung der Liegenschaft auf die Schule, bzw. die lokale Schweizerkolonie, ist der Genese der Besitzverhältnisse und den bestehenden Nutzungsrechten und den Kernpunkten der Vereinbarung vom 15.07.1955 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Schweizerischen Schulverein Catania gebührend Rechnung zu tragen“.

Um die Geschichte der Schweizerischeh Schule Catania zu respektieren, schlagen wir folgende Ergänzung zum erläuternden Bericht S.22 (Änderung unterstrichen):
„Die Übertragung der Liegenschaft an die Schweizerische Schule Catania erfolgt unter der Auflage, dass sie als Schweizerische Schule und/oder Sitz der Schweizerkolonie genutzt wird“.

**Antwort auf die fünf Fragen des Vernehmlassungsentwurfs**

1. Sind Sie mit der Zielsetzung der Gesetzesrevision einverstanden, die Bedeutung der Schweizerischen Schulen für die Präsenz schweizerischer Bildung im Ausland zu verstärken und damit die Präsenz de Schweiz im Ausland zu fördern?

Ja.

2. Gehen Sie einig mit der Lockerung der gesetzlichen Auflagen für anerkannte Schweizerin SCHULEN, insbesondere mit der Verbesserung auf die bisherigen Vorschriften in Bezug auf einen Minimalanteil von Schweizer Schülerinnen und Schülern an den Schweizerischen Schulen im Ausland?

Wir sind bedingt einverstanden und verweisen auf unsere obigen Ausführungen. Die Schweizerische Schule Catania schlägt einen Minimalanteil an Schweizer Schülerinnen und Schülern von 10% vor.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund inskünftig – namentlich an Standorten die für die schweizerische Aussenpolitik bedeutsam sind – die Gründung und den Aufbau von Schweizerischen Schulen im Ausland durch Finanzhilfen fördern können soll?

Wir sind nur bedingt einverstanden. Die heute bestehenden Schulen dürfen finanziell nicht
schlechter gestellt werden, um neue Schulen aufzubauen, zu fördern oder zu subventionieren. Die 17 heute anerkannten Schulen sind seit ihrer Gründung bereits wesentlicher Bestandteil Präsenz schweizerischer Bildung im Ausland und dürfen in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

4. Sind Sie damit einverstanden, dass die schweizerische Bildung im Ausland, namentlich im Bereich der dualen beruflichen Grundbildung, weiterentwickelt wird? Sind Sie insbesondere damit einverstanden, dass der Bund die berufliche Grundbildung an Schweizerschulen im Ausland und anderen privaten Trägerschaften in Zusammenarbeit mit schweizerischen Berufsverbänden und schweizerischen Unternehmungen im Gastland subsidiär fördern können soll?

Mit diesem Ziel sind wir nur dann einverstanden, wenn die bereits bestehenden Schweizerschulen im Ausland finanziell nicht schlechter gestellt werden. Es darf nicht vorkommen, dass neue Schulangebote innerhalb des gleichen Kostenrahmens aufgebaut werden und folglich bereits bestehende Angebote benachteiligt werden müssen und dadurch die bisherige Angebotsqualität leidet.

5. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund inskünftig schweizspezifische Bildungsangebote mit besonderer Ausstrahlung im Gastland unterstützen kann, gegebenenfalls auch von gewinnorientierten Bildungsunternehmen, sofern diese dank Bundesunterstützung eine zusätzliche Dienstleistung im Interesse unseres Landes anbieten?

Wir sind nur dann einverstanden, wenn die bereits bestehenden Schweizerschulen im Ausland finanziell nicht schlechter gestellt werden. Es darf nicht vorkommen, dass neue private Schulangebote innerhalb des gleichen Kostenrahmens aufgebaut werden und folglich bereits bestehende Angebote benachteiligt werden müssen und dadurch die heutige Angebotsqualität leiden muss.

Für die Berücksichtigung unserer Gedanken danken wir Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat. Ebenso danken wir Ihnen, dass wir Stellung nehmen konnten.

SCHWEIZERSCHULE CATANIA
Im Namen des Schulvorstandes

Paolo Brodbeck
Präsident
Stellungnahme des Schulkomitees der Schweizer Schule Lima zum Gesetzesentwurf:

Bundesgeetz über die Präsenz Schweizerischer Bildung im Ausland

1. Eine Gesetzesrevision ist zu begrüßen, geht in diesem Falle aber zu den finanziellen Lasten der bestehenden Schulen, was wir klar ablehnen. Wenn aus dem BAK kommentiert wird, die Schulen müssten nach dem neuen Gesetz 'optimieren', dann ist das sehr fraglich. Das Gerüst unserer Schule steht und ist nicht reduzierbar, wenn wir nicht einen Rückschritt in die pädagogische Steinzeit machen wollen. Kostenabwäzung auf die Kunden wäre in dem Sinne negativ, dass wir nur noch die höchste finanzielle Elite des Gastlandes ansprechen, was nicht der Sinn und Zweck einer Schweizer Schule sein kann und darf.

2. Eine Mindestanforderung von Schweizern an einer Schweizer Schule sollte gesetzlich verankert werden. Wir beantragen einen gesetzlichen Prozentsatz von 10%.

3. Wir begrüssen die Idee der Erweiterung der Präsenz des Schweizerischen Bildungswesens im Ausland, aber nicht auf Kosten der bereits bestehenden Schulen.

4. Das duale Bildungssystem ist in der Schweiz bestimmt ein grosser Erfolg. In unseren Breitengraden (Südamerika) schicken aber die Eltern ihre Kinder nicht an eine Privatschule, wo sie wie in unserem Falle für 13 Jahre Ausbildung CHF 70'000.- bezahlen, um nach der obligatorischen Schulzeit keine universitäre Ausbildung anzustreben. Deshalb begrüssen wir es, dass der Schritt zur Berufsschule eine Möglichkeit ist.

5. Europäische Lehrkräfte, die nach EDK oder dem Patronatskanton in der Schweiz arbeiten könnten, müssen wie Schweizer Lehrkräfte subventioniert werden.


Lima, 17. August 2012

Marco Danuser
Präsident des Schulkomitees
Stellungnahme der Schweizer Schule Madrid zum Gesetzesentwurf des Bundesgesetzes über die Präsenz Schweizer Bildung im Ausland

Sehr geehrter Herr Fink

Grundsätzlich unterstützt die Schweizer Schule Madrid den vorliegenden Gesetzesentwurf. Wir interpretieren ihn in vielen Teilen als Anpassung an die tatsächlich vorliegende Situation der aktuell anerkannten Schweizer Schulen im Ausland und in anderen Teilen als Flexibilisierung und Öffnung der Handlungsmöglichkeiten im Feld der schweizerischen Bildung im Ausland.

Allerdings wird dort, wo neue Bereiche gefördert werden, zwar ein klarer Rahmen gesteckt, jedoch keine Aussage darüber gemacht, wie die zum Teil umfangreichen Aufgaben durch die bestehenden Mittel gefördert werden sollen. Es besteht in unserer Schule die Befürchtung, dass die bestehenden Angebote massive Einbussen an finanzieller Unterstützung verkaften müssten.

Die nachfolgende Stellungnahme geht zuerst auf die 5 Fragen des Bundesamtes für Kultur als Auftraggeber der Vernehmlassung ein, und reagiert anschliessend auf einige zusätzliche Punkte.

Zu Frage 1)

Die neue Zielsetzung reflektiert die aktuelle Situation bestens. Die Schweizer Schulen im Ausland sind heute schon ein Ausstrahlungsort schweizerischer Bildung, schweizerischer Kultur und schweizerischer Grundwerte. Es ist korrekt, dass dieser Beitrag mit Bundesgeldern gefördert wird.

Zu Frage 2)

Der Verzicht auf einen Minimalanteil von Schweizer Schülerinnen und Schülern ist korrekt und gibt den Schulen mehr ökonomische Flexibilität. Er soll unseres Erachtens ganz wegfallen.
Zu Frage 3)


Zu Frage 4)


Zu Frage 5)


Weitere Bemerkungen:
Zuständigkeit:
Uns ist es wichtig, dass das Dossier „Auslandschweizerschulen“ in einem Departement betreut wird, das echtes Interesse für die Belange der schweizerischen Bildungsbestrebungen im Ausland aufbringt. Auf den ersten Blick bietet sich das in der Gründung bestehende Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung an.

KPSBA, Artikel 20
Bei der Zusammensetzung der Kommission sollte eine Vertretung der bisher anerkannten Schulen explizit genannt werden. Die operativen Führungsorgane der Schulen verfügen über einen wichtigen Erfahrungsschatz, der bei Entscheidungen oder bei der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen wesentliche Beiträge leisten kann.

Finanzierung, Artikel 17
Eine längerfristige Unterstützungssicherheit ist für die Führung der Schulen sehr wichtig. Wir unterstützen den Artikel deshalb vollumfänglich.

Status der Lehrpersonen, Artikel 7 und 15
Da die Homologation der Sozialversicherungen (selbst in Europa) immer noch einen grossen Aufwand für die Schulen darstellt, ist die Situation für viele Schulen aufwändig und komplex. Es sollte deshalb geprüft werden, inwiefern dem Schweizer Personal auf Gesetzesebene den Entsandtenstatus zugesprochen werden kann.
Anerkennung, Artikel 3

Die Schweizer Schule Madrid dankt Ihnen für die Möglichkeit einer Stellungnahme und hofft, dass das neue Gesetz schnell seinen politischen Weg findet und in die Praxis umgesetzt werden kann.

Freundliche Grüße

Thomas Schwarb Méroz
Direktor CSM

Rolf Stucki
Prädident Schulkommission
Bundesgesetz über die Präsenz schweizerischer Bildung im Ausland
Vernehmlassung – Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizer Schule Mailand geht mit der Stellungnahme von educationsuisse in allen Punkten einig.

Mit freundlichen Grüßen

Schweizer Schule Mailand

Robert Engeler, Präsident

Christina Urech, Direktorin
Mexiko-Stadt, 7. September 2012

Herr Paul Fink
Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Sehr geehrter Herr Fink

Wir beziehen uns auf die Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes. Untenstehend unsere Stellungnahme zum bestehenden Gesetzesentwurf für das „Bundesgesetz über die Präsenz schweizerischer Bildung im Ausland“ und die fünf von Ihnen gestellten Fragen:


Bezüglich Fussnote 3 in Artikel 3: „Er (der Bundesrat) berücksichtigt bei der Anerkennung von neuen Schulen oder von Neugründungen hinsichtlich des Schulstandorts die Prioritäten der schweizerischen Aussenpolitik.“ möchten wir darauf
hinweisen, dass sich der Bundesrat grundsätzlich zum Standort äußern sollte, bevor die lokale Trägerschaft den ganzen Aufwand (v.a. lokale Bewilligungsverfahren etc.) für eine Neugründung betreibt.

4. Wir sind überzeugt, dass das duale Bildungssystem der Schweiz eine gute Sache ist und dieses auch im Rahmen des neuen Gesetzes gefördert werden soll. Diese subsidiäre Förderung sollte aber ganz klar auf die vom Bund anerkannten Schweizerschulen und deren Filialen beschränkt sein, genau wie dies der Art. 5 des Gesetzesentwurfs vorsieht.


Mit freundlichen Grüssen

Reto Zoppi                                      Jörg Wiedenbach
Präsident des Schulvorstands                   Generaldirektor
Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes | Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Fink
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, zum Gesetzesentwurf im Rahmen der Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes (Neu: Bundesgesetz über die Präsenz schweizerischer Bildung im Ausland) Stellung zu nehmen, möchten wir uns sehr bedanken.

Anschliessend erlauben wir uns, nach einführenden allgemeinen Bemerkungen die im Begleitbrief der Einladung zur Vernehmlassung aufgeworfenen Fragen zu kommentieren.

1. Allgemeines

Die Schweizer Schulen im Ausland sind seit Jahrzehnten Schweizer Qualität und Werten verpflichtet und damit Aushängeschilder der Schweiz an zahlreichen Standorten in der Welt. So erfüllen sie bereits seit Jahrzehnten eine Vielfalt von Funktionen zugunsten einer positiven Wahrnehmung der Schweiz an den lokalen Wirkungsstätten:

- Sie erzeugen eine dauerhafte und konkrete lokale Präsenz, welche die Schweiz mit qualitativ hochstehenden Dienstleistungen und Bildungsqualität in Verbindung bringt.

- Sie ermöglichen nicht nur Schweizer Schülern vor Ort, sondern auch einer zunehmenden Mittel- und Oberschicht in strategisch wichtigen Wachstumsmärkten eine in die Zukunft gerichtete schweizerische Ausbildung.

Sie ermöglichen schweizerischen und nicht-schweizerischen Schülerinnen und Schülern den Anschluss an die Angebote für weiterführende Ausbildungen und Studien, indirekt auch an die Wirtschaft und Forschungsgemeinschaft.

Über die Funktion als Bildungsanstalt leisten die Schweizer Schulen also bereits seit Jahrzehnten die im erläuternden Bericht erwähnten Aufgaben zugunsten einer positiven Wahrnehmung der Schweiz andererseits und der Förderung und Anerkennung der exzellen ten Schweizer Bildungsqualität andererseits. Deshalb ist die im Gesetzesentwurf vorgeschlagene Stosrichtung, welche die Rolle der Schweizer Schulen als Visitenkarte der Schweiz betont und die Bildung für eine positive Landeswerbung nutzt sowie das Schweizer Qualitätsmodell mittels der Schweizer Schulen fördert zeitgemäss, zukunftsgerichtet und folgerichtig. Denn in wirtschaftlichen Wachstumsländern wie Brasilien geniessen Bildung eine überdurchschnittliche Aufmerksamkeit, von Eltern, aber auch von der Politik.

Grundsätzlich gilt es angesichts der Neuausrichtung des Gesetzes und der zusätzlichen Aufgaben auf folgende Punkte zu achten:


- Deshalb ist unbedingt zu berücksichtigen, bei der Ausarbeitung des Gesetzes und dessen Verordnung, aber auch bei der Anwendung, dass für neue beitragsberechtigte Schulen und Projekte die gleichen Mindestkriterien für die Qualität verwendet werden. Zudem ist zu überprüfen, ob langfristig die Mittel für zusätzliche Aufgaben und neue Schulen und Bildungsangebote auf dem politischen Weg erhöht werden, damit die Qualität beibehalten werden kann, um den gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können. Eine andere Möglichkeit ist die Priorisierung der Beitragsberechtigung. Dabei muss die Rolle des Patronatskantons auch im neuen Gesetz betont werden.

Zum weiteren Ausbearbeitungsprozess insbesondere für die Verordnung möchten wir hier anregen, dass Vertreter der Schweizer Schulan schulen selbst – nicht nur Educationssuisse – in die Ausarbeitung der Verordnung einbezogen werden, damit gewährleistet wird, dass die gesetzlichen Grundlagen mit der Umsetzungsrealität der Schweizer Schulen übereinstimmen.

2. Erläuterungen zu den Fragen

Zu Frage 1

_Sind Sie mit der Zielsetzung der Gesetzesrevision einverstanden, die Bedeutung der Schweizer Schulen für die Präsenz schweizerischer Bildung im Ausland zu verstärken und damit die Präsenz der Schweiz im Ausland insgesamt zu fördern?_

Wir sind entsprechend den allgemeinen Ausführungen grundsätzlich mit der Zielsetzung einverstanden. Folgende Punkte müssen aber berücksichtigt werden:
Welche zusätzlichen Aufgaben und dafür notwendige Ressourcen für die Förderung der Präsenz schweizerischer Bildung im Ausland sind mit dem gesetzlichen Auftrag verbunden? Beschränken sich die zusätzlichen Vermittlungsformen auf die die Art. 13, Absatz 2 erwähnten Auflistung oder werden in der Verordnung zusätzliche Aufgaben auch für Schweizerschulen präzisiert, wie im Art. 1, Abs. b festlegt wird?

Wenn zusätzliche Aufgaben ohne Qualitätseinbussen im Kerngeschäft der Bildungsvermittlung wahrgenommen werden müssen ist das mit personellen und finanziellen Ressourcen verbunden: Wie sichert das Gesetz oder die Verordnung ab, dass zusätzliche öffentliche Aufgaben zugunsten der Schweiz realisiert werden können ohne die Qualität bei gleich bleibenden Gesamtmitteln zu beeinträchtigen?

Zu Frage 2

Gehen Sie einig mit der Lockerung der gesetzlichen Auflagen für anerkannte Schweizerschulen, insbesondere mit dem Verzicht auf die bisherigen Vorschriften in Bezug auf einen Minimalanteil von Schweizer Schülerinnen und Schülern an den Schweizerschulen im Ausland?

Wir sind mit der Lockerung der gesetzlichen Auflagen über den relativen Mindestbestand an Schweizer Schülerinnen und Schülern im Prinzip einverstanden, da in Art. 9, Absatz 2, lit. b. und Art. 14 der Bestand an Schweizer Schülerinnen und Schülern als bestimmende Faktor unter anderen für die Beitragsberechtigung bezeichnet wird.

Folgende Überlegungen und Fragen müssen aber bei der Ausarbeitung des Gesetzes und der Verordnung hinsichtlich des Bestandes an Schweizer Schülerinnen und Schülern berücksichtigt werden:

Es sollte weiterhin darauf geachtet werden, dass eine genügende oder angemessene Zahl Schweizer Schülerinnen und Schüler die beitragsberechtigten Schweizerschulen besuchen.


Ein kleiner Bestand an Schweizer Schülerinnen und Schülern führt je nach Bemessungsgrundlage für die Beitragsberechtigung zu einem proportional kleinen Bestand an Schweizer Lehrkräften (Art. 9 Absatz 3). Aber gerade eine Schweizerschule mit einem geringen Anteil an Schweizer Schülerinnen und Schülern ist auf einen hohen Anteil an Schweizer Lehrkräften angewiesen, um den...
gesetzlichen Auftrag der Förderung der Präsenz Schweizer Bildung und eine hochwertige Ausbildungsqualität gemäss Schweizer Standards, Methodik und Werten erfüllen zu können.

- Aus den erwähnten Ausführungen sollte eine zu strenge Koppelung des Bestandes an Schweizer Schülerinnen und Schülern mit der Anzahl beitragsberechtigter Schweizer Lehrkräfte vermieden werden.

Zu Frage 3

*Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund inskünftig – namentlich an Standorten, die für die schweizerische Aussenpolitik bedeutsam sind – die Gründung und den Aufbau von Schweizerschulen im Ausland durch Finanzhilfen fördern können sollen?*

Alle heute im Dienst stehenden beitragsberechtigten Schweizerschulen haben in den Gründungsphasen und bis heute von der Unterstützung der Schweiz im Rahmen der Beiträge profitiert. Deshalb ist es aus objektiver Sicht angemessen, dass dies unter bestimmten und definierten Bedingungen auch neuen Schweizerschulen ermöglicht wird.

Art. 2, Abs. b bezeichnet die Schweizerschulen im Ausland als mögliches Instrument zugunsten der schweizerischen Aussenpolitik. Das ermöglicht die zusätzliche Fokussierung auf für die Schweizer Wirtschaft bedeutende Wachstumsmärkte und möglicherweise auch auf Schwerpunktländer der Schweizer Entwicklungshilfe. Das fördert die Anerkennung schweizerischer Bildungsqualität und damit die positive Wahrnehmung der Schweiz in Schwerpunktländern. Hingegen gilt es folgendes zu bedenken:


Zu Frage 4

*Sind Sie damit einverstanden, dass die schweizerische Bildung im Ausland, namentlich im Bereich der dualen Grundbildung, weiterentwickelt wird? Sind Sie insbesondere damit einverstanden, dass der Bund inskünftig die berufliche Grundbildung an Schweizerschulen im Ausland und anderen privaten Trägerschaften in Zusammenarbeit mit schweizerischen Berufsverbänden und schweizerischen Unternehmen im Gastland subsidiär fördern können soll?*
Wir sind damit einverstanden, dass die duale Berufsbildung im Ausland gefördert wird. Mit der dualen Berufsbildung verfügt die Schweiz über ein einzigartiges und qualitativ hochstehendes Ausbildungsangebot, das auch in den Gastländern auf Interesse stossen wird.

Die Förderung der dualen Berufsbildung kann sich positiv auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit des Gastlandes mit der Schweiz auswirken, indem die dort niederelassenen Schweizer Unternehmen Zugang zu einheimischen gut ausgebildeten Lehrlingen erhalten und diese eventuell später einmal auch in der Schweiz arbeiten können. Ausserdem kann das Image der betrieblichen und damit praxisorientierten Berufsbildung in Ländern verbessert werden, in welchen die Berufsbildung eine schlechte Anerkennung geniesst, obwohl Arbeitskräfte mit angemessenen Kompetenzen fehlen und so das wirtschaftliche Wachstum hemmen. Die Unterstützung der Berufsbildung über die Schweizerschulen fördert allgemeinbildende und berufsbezogene Bildungswege, damit diese eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung finden.

Zusätzlich gilt zu beachten:


Zu Frage 5

Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund inskünftig schweizspezifische Bildungsangebote mit besonderer Ausstrahlung im Gastland unterstützen kann, gegebenenfalls auch von gewinnorientierten Bildungsunternehmen, sofern diese dank Bundesunterstützung eine zusätzliche Dienstleistung im Interesse unseres Landes anbieten?

Unter bestimmten Bedingungen, die im vorliegenden Gesetzesentwurf ausgeführt werden (Art. 3; Art. 13) soll der Bund Bildungsangebote mit Bezug zur Schweiz unterstützen können. Bisher unterstützte anerkannte Schweizerschulen an den gleichen Zielstandorten sollten bei neuen Unterstützungen einbezogen und nicht konkurrenziert werden. Es ist zu prüfen, ob die bisherigen Schulen an den gleichen Standorten die geplante und zu unterstützende
Dienstleistung auch anbieten können. Denn der Bund hat durch Teilbeiträge während Jahrzehnten eine grosse Investition getätigt, um die bestehenden Schweizerschulen zusammen mit den lokalen Schweizer Trägerschaften zu entwickeln.

Wir bedanken uns sehr für die Möglichkeit zur Stellungnahme und danken Ihnen für Ihre überragenden Dienste und Bemühungen bei der Entwicklung und Begleitung der Schweizerschulen im Ausland.

Im Namen des Vereins der Schweizerschulen Brasilien:
(Associação Escola Suíço-Brasileira)

Präsident des Vereins:  Vizepräsident des Vereins:

André Larsen  Gunar Hohl

Generaldirektor der Schweizerschulen Curitiba und São Paulo:  Direktor Schweizerschule São Paulo:

José Oberson-Mau  Marcel Brunner

Kopien an:
– Stephan Campi, Stv. Generalsekretär / Leiter Planung und Prozesse Dep. BKS, Kanton Aargau (Patronat CHPR Curitiba)
– Crispin Hugenschmidt, Generalsekretär Erziehungsdepartement Basel Stadt, Kanton BS (Patronat ESBSP São Paulo)
Bundesgesetz
über die Präsenz schweizerischer Bildung im Ausland

Vernehmlassung – Stellungnahme der Swiss School in Singapore

Die Swiss School in Singapore dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dieser wichtigen Revision.

Die Swiss School in Singapore
- besteht seit 1967 und ist eine „Swiss Government approved School“
- ist ein wichtiger Faktor schweizerischer Präsenz in Singapore
- ist eine der zwei deutschsprachigen Schulen auf dem Markt in Singapore
- unterrichtet seit Jahren eine hohen Prozentsatz an Schweizer Kindern (ca. 60%)

Die Swiss School in Singapore bejaht den Revisionsbedarf und begrüsst grundsätzlich das Revisionsvorhaben.

Zu den gestellten Fragen:

1. Mit den Zielsetzungen der Gesetzesrevision ist die Swiss School in Singapore grundsätzlich einverstanden. Die verstärkte Förderung der ausßenpolitischen Bedeutung begrüßen wir.


3. Ja, damit sind wir einverstanden.
4. Ja, damit sind wir einverstanden.


Die im Gesetz vorgesehene Planungssicherheit ist sehr begrüssenswert.

Für die Swiss School in Singapore

Rebekka Aicher Koch
Präsidentin SSiS

Björn Engeli
Schulleiter SSiS